

Ercheint täglich  
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition  
Friedrichstraße 33.  
Vormittags 10—12 Uhr.  
Nachmittags 4—5 Uhr.

Die für die nächste Nummer bestimmten  
Literatur an Wochentagen bis  
3 Uhr Nachmittags, an Sonn-  
und Festtagen früh bis 1/2 9 Uhr.

In den Filialen für Zus. Annahme:  
Otto Krumm, Universitätsstr. 22,  
Ewald Köhler, Katharinenstr. 18, p.  
nur bis 1/2 3 Uhr.

# Leipziger Tageblatt

und  
**Anzeiger.**

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

**№ 356.**

Freitag den 26. November 1880.

74. Jahrgang.

Auflage 16,250.  
Abonnementpreis vierteljährlich 4 1/2 M.,  
incl. Frachtporto 5 M.,  
durch die Post bezogen 6 M.  
Jede einzelne Nummer 25 Pf.  
Belegexemplar 10 Pf.  
Schultern für Anzeigen  
ohne Postbefreiung 30 Pf.  
mit Postbefreiung 48 Pf.  
Inserat d. g. g. p. 20 Pf.  
Größere Schriften laut umgerechneter  
Preisberechnung. — Tabellarischer  
Zug nach höherem Tarif.  
Reklamen unter dem Redactionsschild  
die Spalte 40 Pf.  
Inserate sind stets an d. Expedition  
zu senden. — Rabatt wird nicht  
gegeben. Zahlung pro numerando  
oder durch Postvorschuß.

## Bekanntmachung

**die Auslösung Leipziger Stadtschuldscheine betr.**  
Die Auslösung von 18,900 A Capital der Anleihe vom 1. Juli 1864, von 30,000 A Capital der Anleihe vom 9. April 1864, von 9900 A Capital der Anleihe vom 1. Januar 1865 (Theateranleihe) und von 12,900 A Capital der Anleihe vom 2. Juni 1868 soll  
den 7. December d. J. Vormittags um 10 Uhr  
auf dem Rathhause im Zimmer Nr. 16 öffentlich erfolgen.  
Leipzig, den 22. November 1880.  
Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Georg. Seidemann, Stadtsch.

## Korbweiden-Verpachtung.

Freitag, den 3. December c. soll von Vormittags 10 Uhr an im Forstreviere Burgau, hinter der Weidenroth'schen Hagedel und der Bogelwiese, in der Nähe des neuen Schützenhauses, der anstehende Korbweidenbestand in einzelnen Partellen zum einmaligen Schnitt unter den im Termine bekannt zu machenden Bedingungen und gegen sofortige Bezahlung nach dem Aufschlage an den Reißbietenden überlassen werden.  
Zusammenkunft: an der Waldstraßenbrücke am Rosenhof.  
Leipzig, am 23. November 1880.  
Des Raths Forstdeputation.

## Holzauction.

Mittwoch, den 8. December c. sollen auf dem Rathschlage in Abth. 4c und 5b des Burgauer Forstreviers in der Nähe des großen Gerodes und am Hundewasser  
ca. 2 Raumbuchmeter eichene Kuchschette,  
54 Rmr. eichene, 1 Rmr. Buchene und  
27 Rmr. röhren Brennschette,  
60 Abraum und 40 Laughaufen,  
120 Bund Torneu und  
500 Bund Salzinien  
unter den im Termine an Ort und Stelle öffentlich ausgehangenen Bedingungen und der üblichen Anzahlung an den Reißbietenden vergeben werden.  
Zusammenkunft: auf dem Rathschlage in der Nähe des großen Gerodes.  
Leipzig, am 25. November 1880.  
Des Raths Forstdeputation.

## Die Annexion Waldeds.

Wie schon von uns erwähnt, ist dem preussischen Abgeordnetenhaus seitens des Vorsitzenden des walded'schen Landtags eine Denkschrift überreicht worden, in welcher die am 12. d. M. erfolgte einstimmige Ablehnung des diesem Landtags von der preussischen Regierung vorgelegten Etats für die Finanzperiode 1881—83 eingehend motivirt wird.  
Am Schlusse der Denkschrift heisst es dann: Der walded'sche Landtag hat sich der peinlichen Lage, daß die Kosten der hiesigen Landesverwaltung theilweise den preussischen Steuerzahlern zur Last fallen, sehr bemerkt und er hat daher immer nur dasjenige beantragt, was er im Interesse des Landes, dessen Wohl er zu wahren beabsichtigt, für unbedingt erforderlich erachtet. Nichtsdestoweniger hat der Landtag und anscheinend auch der jetzige sowie der frühere Landesdirector, die sich der Landesinteressen überhaupt stets aufs Wärmste und Eifrigste angenommen haben, beinahe ununterbrochen um die Erfüllung der aus dem Accessionsverträge sich ergebenden finanziellen Verpflichtungen Preussens zu kämpfen gehabt. Die ablehnende Haltung, welche die preussische Staatsregierung gegenüber den berechtigten Ansprüchen der walded'schen Landesvertretung fast durchweg beobachtet, die Unlust und das Widerstreben, womit man dort an die hiesigen Angelegenheiten herantritt, sowie die deutlich erkennbare Abneigung der preussischen Verwaltung gegen das Fürstenthum Walded erfüllt nicht nur den Landtag, sondern alle Landesangehörigen mit Schmerz und Besorgnis. Dazu kommt, daß der jetzige Zustand auch in ethischer Beziehung nicht anders als nachtheilig einwirken kann. Denn Jedermann hat doch gewiss das Bedürfnis und auch den Anspruch, sich als Glied irgend eines selbstständigen und normal gestalteten Staatswesens zu fühlen. Dies berechtigte Bewusstsein wird in der Landesbevölkerung allmählich vollständig erlosch. Denn das Staatsoberhaupt ist danach von der Regierung thatsächlich und rechtlich ausgeschlossen, und das Land selbst wird von einem fremden Staate nicht anders als ein unter fremder Administration gestelltes Vermögen object verhalten. Das auf der walded'schen Bevölkerung lastende niederdrückende Gefühl, einem nur noch durch die Subsidien eines anderen Staates künstlich erhaltenen, also selbst gar nicht mehr lebensfähigen Staatsorganismus anzugehören, wird noch verstärkt durch die widerwärtige Bewahrung jener Subsidien und deren kirchliche Verwendung. Das dieselben einst in großer Zeit als ein der Einigung Deutschlands beigetragen Döner von Preussen übernommen sind, scheint dort längst in Vergessenheit gerathen zu sein. Daß das Fürstenthum Walded niemals wieder selbstständig werden könne, überall anerkannt. Man erblickt die Accessionsverträge damals ein Verlöbniß,

welches demnach mit der völligen Einverleibung des Fürstentums in Preussen seinen Abschluß finden werde. Diese Auffassung bestand auch, wie der Ausschussbericht des Landtags zeigt, beim Abschlusse des gegenwärtigen Accessionsvertrages, und sie besteht auch heute noch. Denn es ist in der That gar nicht abzusehen, wie der jetzige Zustand, der doch kein ewiger ist, anders endigen könnte, als durch Annexion... Das hiesige Land würde die Einverleibung in Preussen mit ungeheurem Freude begrüßen, denn wenn es auch dem Verwehren der preussischen Regierung nicht zustimmen kann, so sind doch seine bereits bewährten Sympathien für den Staat Preussen unüberwindlich, und es unterliegt ja keinem Zweifel, daß alle Beschwerden sofort hinwegfallen werden, sobald Walded für Preussen nicht mehr ein fremder Staat, sondern ein Theil des eigenen Staates ist. Preussen andererseits wird sich durch die Einverleibung Waldeds nicht unendlich einfaches und billiger sein, wenn Walded nicht mehr einen — sei es auch nur scheinbar — selbstständigen Staatsorganismus, sondern nur einen preussischen Kreis bildet. Wenn nun aber die vollständige Einverleibung Waldeds in Preussen doch nur eine Frage der Zeit ist, dann müßte dieselbe doch nicht länger hinausgeschoben werden, damit nicht des größten Staatsmannes größtes Werk für das Fürstenthum Walded allein zu einer Quelle des Unsegen werde. Sollten wider Erwarten die in der deutschen Politik begünstigten Hindernisse der Annexion auch jetzt noch fortbestehen, so beschäde die der Landtag zwar selbstverständlich, daß die walded'schen Interessen denjenigen des Deutschen Reiches nachstehen, allein er muß dann doch erwarten und darauf bestehen, daß den oben dargelegten Uebelständen abgeholfen werde. Es steht ihm hierbei zur Seite die Autorität geschlossener Staatsverträge, deren Respektation gerade für den starken und mächtigen Theil gegenüber dem schwachen und wehrlosen eine Ehrenpflicht ist.  
Man darf den lebhaftesten Wunsch aussprechen, daß die gerechten Klagen der Bevölkerung von Walded an entscheidender Stelle vernommen werden und daß endlich ein Zustand herbeigeführt werde, welcher dem Lande volle Sicherheit des öffentlichen Lebens gewährt. Daß nur eine Einverleibung des Fürstentums in Preussen hier Wandel schaffen kann, liegt auf der Hand. Wäge also in der Zeit gesehen, was, nach Erschöpfung aller unzureichenden Mittel, früher oder später dennoch erfolgen muß.

## Politische Uebersicht.

Leipzig, 26. November.  
Die Wiener „Montagsrevue“ versucht noch einmal auf ihre verunglückte Weidung von einem Bismarck'schen Entlassungsversuch zurückzukommen, welche vor einigen Wochen für ein paar Tage Sensation gemacht hat. Als allgemein zugestandenem Rückblick jener Weidung hat sich bekanntlich ergeben, daß Fürst Bismarck in der That gegen Ende des vorigen Monats durch Schwierigkeiten in Personalfragen des Auswärtigen Amtes derart überreizt wurde, daß in der daraus folgenden krankhaften Abspannung von offizieller Seite der einzige Entlassungsgrund für die Ber-

retungfrage im Handelsministerium gefunden wurde. Die „Montagsrevue“ will nunmehr diesen Personalfragen dahin auf die Spur gekommen sein, daß Herr von Radowicz sich gegen den Grafen Hafffeldt mit wirksamer Unterstützung von Postreien als Concurrenten um das Staatssecretariat des Auswärtigen ausgespielt hätte. Es ist aber äußerst schwer anzunehmen, daß Herr von Radowicz, seit Jahren Gesandter in Athen, aber auf besonderen Wunsch des Fürsten Bismarck und zuletzt noch stellvertretender Votschafter in Paris, den Einfall gehabt haben sollte, hinter dem Rücken des Fürsten Bismarck und über eine von demselben designirte Persönlichkeit hinaus Carriere machen zu wollen — um so schwerer, als Herr v. Radowicz vielfach als Nachfolger des Grafen Hafffeldt in Konstantinopel angesehen wurde und selbst seine jetzige Abreise auf seinen Posten in Athen als Uebergangsstadium dahin aufgefaßt wird. Es ist auch kaum ein Grund, die „Montagsrevue“ diesmal für besser informiert zu halten, als vor einigen Wochen.  
Der neue bairische Gesandte am Petersburger Hofe, der frühere bairische Bundesbevollmächtigte in Berlin, Herr v. Rudhardt, ist am Mittwoch Nachmittag plötzlich vom Schlage getroffen worden. Er hat die Stimme verloren. Sein Zustand ist nach einem Telegramm des „D. Z.“ bedenklich. Herr v. Rudhardt begleitete noch seinen Vorgänger zur Bahn. Von dort ins Hotel zurückgekehrt, fühlte er sich plötzlich unwohl und die Katastrophe trat ein. Der traurige Fall erregt in Petersburg allgemeine Theilnahme.  
In allen Blättern findet sich die Nachricht, daß man damit umgehe, das preussische Handelsministerium ganz aufzugeben. Diese Mittheilung dürfte nach offiziellen Versicherungen auf eine missverständliche Mittheilung zurückzuführen sein. Wenn auch die wichtigeren Handelsfacen fortan dem Reiche angehören und im Reiche behandelt werden sollen, so wird doch, wie es heißt, ein ansehnlicher Kreis von Organismen in Preussen zur Behandlung übrig bleiben, und man wird schließlich mit der gänzlichen Aufhebung des Handelsministeriums vorgehen in dem Augenblicke, wo der Volkswirtschaftsrath zunächst nur für Preussen berufen wird.  
Das dritte Fest der vom Minister Fall zur Vertreibung seiner geistlichen und Unterrichtsverwaltung gehaltenen Reden enthält eine Statistik der bestehenden Simultan Schulen, welchen die Zahl dieser Schulen betrug in Preussen im Winter 1878—79 zusammen 442 mit 2405 Lehrern, wovon in den sieben Jahren der hiesigen Verwaltung 382 mit 2049 neu eingerichtet wurden. Hält man dagegen die Gesamtzahl der Volksschulen, nämlich 32,285 mit 56,680 Lehrern, so ist nur 1.15 Prozent derselben paritätisch.  
In Elberfeld fand am Mittwoch Abend auf dem Königplatze ein demonstrativer Volksaufmarsch statt gegen den Versuch eines in einem Kirchenblatte erschienenen Artikels über das Reich, Deutschland, Deutschland, über Alles, welcher Kegermüth erregt hatte. Die Polizei mußte einschreiten und verhaftete mehrere Personen.  
Der seit einigen Tagen in dem Meinen Landständigen Reich in wiedereröffnete gemeinsame Landtag der beiden Großherzogthümer Mecklenburg erregt im ganzen Lande nur geringes Interesse. Außer den lebenslänglich mit ziemlich hohen Gehältern angestellten Bürgermeistern der Städte, die eigentlich als Beamte der Regierung jetzt anzusehen sind und auf dem Landtage gute Diktanten erhalten, sind kaum einige dreißig adeliche Rittergutsbesitzer anwesend. Irgendwie neuenswerthe Vorlagen der Regierung sind, wie der „R. B.“ gemeldet wird, gar nicht in diesem Jahre gemacht und die seit 1866 mindestens schon ein dazwischenmal versprochene und niemals verwirklichte Revision der mittelalterlichen Feudalverfassung Mecklenburgs ist diesmal auch mit keinem einzigen Worte zur Erwähnung gekommen. Die ganze Angelegenheit ist bis aufs Unbestimmte vertagt.  
Der ungarische Parlamentarismus ist um eine neue Partei bereichert worden. Dieselbe verdankt ihre Entstehung der Verschmelzung der vereinigtsten Opposition mit dem Parteilosen oder Wilden. Unter den Mitgliefern der neuen Partei, welche sich erst in nächster Woche formal constituiren will, befinden sich die Politiker Senyey und Bitto. Ramentlich der Beitritt des letzteren erregt, wie aus Best berichtet wird, in Ungarn großes Aufsehen.  
Dulcigno ist von Derwisch Pascha befehligt worden. Man wird abwarten müssen, ob die Uebergabe an Montenegro ohne Eingreifen der Demonstrationsflotte möglich sein wird. Ergänzend meldet heute ein Telegramm der „Agence Havas“ aus Ragusa: „Derwisch Pascha ist in

Dulcigno eingerückt; derselbe hatte einen Kampf mit den Albanesen, wobei beide Theile beträchtliche Verluste erlitten.“ Ueber die Einzelheiten dieses Kampfes verlaute bis zur Stunde noch nichts.  
Wie der Wiener „R. Fr. Pr.“ gemeldet wird, verlaute von vertrauenswürdigster Seite aus den Bocche di Cattaro, daß Angehörige der russischen Demonstrationsflotte ihre Anwesenheit daselbst zu Agitationen unter der südslavischen Bevölkerung mißbrauchen. Sie äußern insbesondere den Bocchen gegenüber, daß diese eigentlich Montenegriner seien und zu Montenegro gehören sollten, und um ihre Auswanderungen zu unterstützen, schreiben sie den Namen des Fürsten Nikita an die Hausthüren. Der Correspondent wirft mit Recht die Frage auf, ob denn für die österreichische Regierung aus der den russischen Schiffen gewährten Gastsfreundschaft die Verpflichtung entspringe, derartige Agitation zu dulden.  
Der „Romanul“ weist darauf hin, daß er nicht ein Organ der rumänischen Regierung, sondern ein Organ der liberalen Partei sei. Bei einer abermaligen Besprechung der Donaufrage hebt das Blatt hervor, daß weder das jetzige, noch irgend ein anderes Ministerium sich die Rechte auf die Donau, deren Ufer in einer Länge von 400 Kilometern rumänisch sei, nehmen lassen könne. Wenn Rumänien Oesterreich keine dominierende Stellung auf der unteren Donau zugestehen könne, werde es einer anderen Macht, welche Rumänien mehr fürchte, diese Stellung noch weniger einräumen. Den Wiener Blättern gegenüber bemerkt der „Romanul“, daß es ein sonderbarer Freundschafsbeweis sein würde, wenn Oesterreich Rumänien in seinen theuersten Rechten und Interessen schädigen wollte.  
Der frühere Minister des Auswärtigen, Herzog Decazes, trägt sich, wie aus Paris gemeldet wird, mit dem Plane, eine Proclama zu veröffentlichen. Natürlich ist es dabei auf „Entstellungen“ abgesehen. Er behauptet, wie schon jetzt verlaute, daß Fürst Bismarck, von dem 24. Mai angefangen, von der französischen conservativen Partei feindliche Unternehmungen gegen Deutschland beabsichtigt, und daß Fürst Bismarck von diesem Augenblicke alles Mögliche unternommen habe, um den Krieg zwischen Frankreich und Deutschland herbeizuführen; doch sei es der Gewandtheit der französischen conservativen Diplomatie gelungen, alle diese Projecte des Reichkanzlers zu vereiteln. Diese Projecte Bismarck's hätten nach der Behauptung des Herzogs ohne Unterbrechung von 1873 bis zum Falle der conservativen Partei in Frankreich gedauert, das heißt bis zum Ende des orientalischen Krieges. Wir glauben, daß diese Andeutungen genügen, um das absurde Nachwort hinzuzufügen zu kennzeichnen.  
Von dem schweizerischen Consulat in Buenos-Ayres ist dem Bundesrathe die Mittheilung zugegangen, daß ein Waadtländer, der sich in der Colonie Ocampo (Vellavista) in argentinischen Territorium Chaco angeseßelt hat, unter dem Verdachte eines Diebstahls auf Anordnung des Verwaltunglers der Colonie ohne gerichtliches Verfahren sofort aufgehängt worden sei. Der Bundesrat hat, wenn auch ohne große Aussicht auf Erfolg, jenem Consulate den Auftrag ertheilt, in der von ihm dargelegten bei der argentinischen Regierung bereits erhobenen Beschwerde nicht nachzulassen und auf Untersuchung der Sache, sowie gegebenenfalls auf strenges Einschreiten gegen den schuldigen Beamten und auf Genugthuung zu bringen.  
In Italien bereitet sich eine Cabinetkrise vor. Die Stellung des Ministeriums Cairoli ist, wie es scheint, ernstlich gefährdet. Wie der „Bos. Z.“ aus Rom telegraphirt wird, hat sich die Rechte mit den durch frühere Anhänger des Cabinet verführten Dissidenten vereinigt, um das Ministerium zu stürzen. Ueber den eventuellen Nachfolger Cairoli's herrscht noch volle Unklarheit; man spricht sowohl von Nicotri und Manjini, wie von Farini, der den Widerstand gegen Uebernahme des Präsidiums aufgegeben haben soll; doch haben die letzteren beiden Combinationen wenig Wahrscheinlichkeit für sich. — Die Verhandlungen über die Verlängerung des deutsch-italienischen Handelsvertrages sind im Gange.  
Statt des Münchener Runtini Rosetti ist nunmehr, wie aus Rom gemeldet wird, der bisherige Drüseler Runtini Panzelli definitiv zum Nachfolger Jacobini's in Wien ernannt, wohn der genannte Prälat schon in den nächsten Tagen abgehen dürfte. Dagegen wird täglich der Erzbischof von Femberg in der ewigen Stadt erwartet, um wegen der russischen, resp. polnischen Kirchenfrage mit dem Papste zu conferiren. Daß es übrigens mit dem endgültigen Abschlusse eines russischen Concordats nicht so weit sei, wie die Wiener „Politische Corr.“ behauptet, hat sich